

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

24.10.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Stitz

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 28.09.2017**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:01 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 22.06.2017 - öffentlicher Teil**
0345/2017
- 4 **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0431/2017
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Aktuelle Situation der Flüchtlinge**
0398/2017
- 8 Berichte zu Schwangerschaftskonflikt- und Schwangerschaftsberatungen**
0351/2017
- 9 Zuschuss zu den Bürokosten von MiKibU e. V.**
0328/2017
- 10 Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen und Senioren
(Zielvereinbarung Altenhilfe)**
0342/2017
- 11 Veröffentlichung des Mädchenmerkers für Bergisch Gladbach 2017/2018**
0432/2017
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Anträge der Fraktionen

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Peter Hoffstadt als stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion und Herrn Markus Gerhards als stellvertretendes Mitglied der FDP-Fraktion, führt beide unter Verlesung des Verpflichtungstextes feierlich in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 22.06.2017 - öffentlicher Teil 0345/2017

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

Frau Münzer merkt an, der Rat habe erfreulicherweise entschieden, dass das Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen fortgeführt werde, so dass die Netzwerkarbeit auch in 2018 weiter durchgeführt werden könne.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende informiert, dass im Rahmen der Fraktionsberatung festgestellt worden sei, dass nicht alle Beschlüsse bzw. Vorlagen des Inklusionsbeirats auch im ASWDG behandelt würden, obwohl sie ebenso in den Zuständigkeitsbereich „Soziales“ wie in den Bereich „Bauen, Planung“ fielen. Die CDU-Fraktion habe diese Problematik dem Bürgermeister angetragen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Schlich begrüßt Frau Chahbari und stellt sie als neue Integrationsbeauftragte der Stadt Bergisch Gladbach vor, die sicherlich zu den zukünftigen Integrationsthemen des ASWDG anwesend sein werde. Frau Chahbari berichtet, sie sei zuvor als Projektleiterin des Ex-Azubi-Treffs zunächst für die Caritas und nach vier Jahren für die GL Service gGmbH tätig gewesen.

Frau Schlich informiert über die in zwei Wochen bevorstehende Stellenbesetzung in diesem Bereich: Frau Mrziglod solle den Bereich Netzwerkarbeit in Bezug auf das Thema Flüchtlinge für zwei Jahre verstärken. Die Kollegin sei seit Jahren in Bergisch Gladbach im Rahmen der Netzwerkarbeit bei der evangelischen Kirche tätig und kenne den Sprengel und die Akteur*innen.

Frau Schlich macht darauf aufmerksam, dass der Verein „Stadtverband Eine Welt Bergisch Gladbach e.V.“ heute 30 Jahre alt wird. Des Weiteren weist sie auf die auf den Plätzen ausliegenden Informationen hin. Ausnahmsweise sei heute kein Beigeordneter anwesend, da Herr Mumdey bereits außer Dienst und Herr Stein noch nicht im Dienst sei. Herr Flügge sei ebenfalls terminlich verhindert.

5.1. Frauenpolitische Informationen **0431/2017**

Frau Holz-Schöttler merkt an, die Mitteilungen hätten ihr sehr gut gefallen, besonders der Artikel „Reine Männervereine müssen Steuern zahlen“. In Bergisch Gladbach betreffe das auch die Schützenvereine.

Zum Artikel „2. Gleichstellungsbericht, Auszüge aus der Stellungnahme der Bundesregierung“ gehe es unter Punkt 7 „Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder“ darum flexible Bedarfe für Eltern zu schaffen. Mit diesem wichtigen Thema müsse die Politik sich weiter beschäftigen, weil die aktuellen Betreuungszeiten nicht ausreichten.

Frau Bähler-Sarembe fragt zum vorgenannten Artikel, ob die Karnevalsvereine, die auch zum großen Teil keine Frauen aufnahmen, gemeinnützig seien.

Frau Schlich antwortet, die diesbezügliche Prüfung obliege dem Finanzamt.

Frau Bähler-Sarembe findet die Anmerkungen zum Artikel „2. Gleichstellungsbericht, Auszüge aus der Stellungnahme der Bundesregierung“ gut aufgeschlüsselt. Sie möchte wissen, ob die von der Sachverständigenkommission gegebenen hervorragenden Empfehlungen jetzt auf den Weg gebracht und gesetzlich verankert würden.

Frau Schlich antwortet, es bleibe abzuwarten, ob die Stellungnahme der Sachverständigenkommission in Handlungsempfehlungen oder Gesetze für Kommunen, Länder etc. mündeten. Grundsätzlich müsse zunächst eine Konformität über den Inhalt erzielt werden.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Basyigit berichtet aus der Sitzung des Integrationsrates am 14.09.2017, der Integrationsrat habe beschlossen, einen Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl zu starten. Leider sei der Aufruf nur im Bürgerportal erschienen. Keine andere Zeitung habe den Aufruf veröffentlicht. Inhalt des Aufrufs sei gewesen, Migrantinnen und Migranten aufzufordern, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Des Weiteren habe der Integrationsrat am letzten Wochenende mit sehr großem Erfolg am Weltkindertag teilgenommen. Herr Basyigit hofft auf die Zustimmung des Integrationsrats, auch im nächsten Jahr wieder dabei zu sein.

Herr Basyigit teilt mit, der Integrationsrat empfehle, den Beschluss zur Vorlage „Zuschuss zu den Bürokosten von MiKibU e.V.“ gemäß Verwaltungsvorschlag zu fassen.

Herr Basyigit weist zudem auf zwei Termine hin:

- 03.10.2017, Tag der deutschen Einheit. An diesem Tag sei auch der Tag der offenen Moscheen in ganz Deutschland. Auch in Bergisch Gladbach öffneten muslimische Gemeinden ihre Türen.
- Am 22.10.2017, 10.30 Uhr, begehe die auch in Bergisch Gladbach stark vertretene Bahai-Gemeinde ihre Zweihundertjahrfeier im Rathaus Bensberg.

Zu beiden Veranstaltungen seien alle herzlich eingeladen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Einladungen und fragt nach einer schriftlichen Einladung. Herr Basyigit kündigt an, Flyer über die Geschäftsführerin rundzumailen.

Die Vorsitzende bittet darum, wenigstens eine Einladung an jede Fraktion zur Verteilung zu senden. Herr Basyigit sagt dies für die Feier der Bahai-Gemeinde zu. Für den Termin am 03.10. sei es zu kurzfristig.

7. **Aktuelle Situation der Flüchtlinge**
0398/2017

Frau Schlich bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage und kündigt aufgrund einer Anfrage aus den Arbeitskreisen an, die Statistik mit zusätzlichen Daten zu den Herkunftsländern für den Monat Oktober abzurufen und den Ausschuss zu informieren.

Weiter berichtet Frau Schlich, entgegen einer offenbar existierenden Presseveröffentlichung liege die Aufnahmequote in Bergisch Gladbach bei 89 %, wie in der Vorlage dargestellt, und nicht bei 120 %. Die in den letzten Monaten aufgenommenen wenigen Flüchtlinge seien im Grunde genommen Menschen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Bergisch Gladbach gekommen seien.

Auf eine Nachfrage, ob hinsichtlich der Beschäftigung insbesondere der alleinreisenden bzw. alleinlebenden Männer Handlungsbedarf bestehe, berichtet Frau Schlich, dass die Frage in den Leistungsabteilungen geprüft worden sei. Es gebe einen sehr guten Draht zu allen Weiterbildungs- und Maßnahmeträgern. So würden Versäumnisse schnell bekannt, und nach Sanktionen und notfalls Ankündigung einer Leistungsreduzierung seien diese Teilnehmer auch schnell wieder präsent. Grundsätzlich werde darauf geachtet, dass den Betroffenen so schnell wie möglich ein Beschäftigungsangebot gemacht werde. Zurzeit sei aus Sicht der Verwaltung keine zusätzliche Maßnahme notwendig, die Situation werde aber weiter beobachtet.

Herr Hoffstadt und auch Frau Münzer weisen auf die Problematik hin, dass Frauen ihre bewilligten Integrationsmaßnahmen wegen fehlender oder zeitlich unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht wahrnehmen könnten.

Frau Schlich bestätigt, dass es zu wenige Kindergartenplätze gebe. Mit dem Thema beschäftige sich in der kommenden Woche erneut der Jugendhilfeausschuss, in dessen Sitzung auch zwei Vorschläge für neue Kindertagesstätten unterbreitet würden. Frau Schlich berichtet, es gebe im Grunde in allen Unterkünften Möglichkeiten der Kinderbetreuung, so sei es auch im Vertrag mit dem DRK vereinbart. Im Rahmen von Brückenprojekten, die das Land NRW finanziere, lägen dafür die Voraussetzungen vor. Wenn in Einzelfällen Probleme bestünden, bittet Frau Schlich Kontakt mit dem Fachbereich 5 aufzunehmen, damit mit dem DRK Rücksprache genommen werden könne.

Frau Münzer kündigt an, sie wolle die Problematik im Runden Tisch für Deutschkurse ansprechen und über das Ergebnis berichten. Eine Lösung sei möglicherweise, dass eine bestimmte Schule Kinderbetreuung anbiete.

Frau Bähler-Sarembe erläutert, im Arbeitskreis der SPD-Fraktion sei es um einen speziellen Fall gegangen, in dem eine Tagesmutter das Kind einer jungen Frau erst um 9 Uhr annehme, wodurch die Frau nicht pünktlich um 8 Uhr zum Integrationskurs erscheinen könne. Frau Bähler-Sarembe fragt, ob es Möglichkeiten für einen Unterrichtsbeginn um 10 Uhr gebe.

Frau Schlich äußert sich verwundert darüber, dass eine Tagesmutter das Kind erst um 9 Uhr annehme. Wenn es sich um eine offizielle Tagespflege handele, benötige sie weitere Informationen, um ggf. der Sache nachgehen zu können. Frau Schlich stimmt zu, dass Gespräche mit den Schulen über einen um 10 Uhr beginnenden Kurs ein Lösungsansatz sein könnten.

Herr Basyigit sieht die beste Lösung darin, in den Schulen bzw. Kursen zusätzlich auch eine Kinderbetreuung anzubieten.

Frau Schlich hält ein solches Angebot für hilfreich, es sei von der Stadtverwaltung aber nicht leistbar. Sie kündigt an, die Schulen bzw. die Agentur für Arbeit diesbezüglich anzusprechen.

Herr Gerhards fragt für die FDP-Fraktion an, wie viele der in der Vorlage aufgeführten Personen unter subsidiärem Schutz in Bergisch Gladbach lebten.

Frau Schlich antwortet, die Verwaltung werde versuchen, über das Ausländeramt beim Kreis Zahlen zu erfahren.

Die Vorsitzende bittet darum, ggf. das Ergebnis als *Anlage* dem Protokoll anzuhängen.

Herr Gerhards geht davon aus, dass der subsidiäre Schutz bei den Bemühungen um eine Integrationsförderung keine Rolle spielt und bittet diesbezüglich um Information.

Frau Schlich bestätigt, dass Flüchtlinge mit dem Status der Duldung ebenfalls an Deutschkursen oder anderen Maßnahmen teilnehmen könnten.

8. Berichte zu Schwangerschaftskonflikt- und Schwangerschaftsberatungen *0351/2017*

Frau Schlich berichtet, die Vorlage sei aufgrund einer Anfrage in der letzten Ausschusssitzung erstellt worden. In der Regel erhalte die Stadtverwaltung die Jahresberichte nicht, weil sie die Beratungsstellen nicht finanziere.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

9. Zuschuss zu den Bürokosten von MiKibU e. V. *0328/2017*

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Stewen, Herrn Cromme und Frau Müller von MiKibU e.V. und informiert, dass sie freundlicherweise zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stünden. Zudem liege ein Auszug aus der Niederschrift des Integrationsrats vor, wonach die Beschlussempfehlung einstimmig gemäß dem Verwaltungsvorschlag beschlossen wurde.

Frau Holz-Schöttler freut sich über die aus der Vorlage ersichtlichen Betreuungszahlen - 215 Mentoren für 232 Kinder - und teilt mit, die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Frau Holz-Schöttler dankt MiKibU e.V. für die geleistete Arbeit in dieser Erfolgsgeschichte.

Frau Schlich bekräftigt für die Verwaltung diese positive Aussage und merkt an, wenn es MiKibU e.V. nicht gäbe, müsse der Verein erfunden werden. Frau Schlich freut sich über das ehrenamtliche Engagement, das bekanntlich von der Bundeskanzlerin eine Auszeichnung erhalten habe. Auf eine vor der Sitzung an sie herangetragene Frage, ob die Verwaltung tatsächlich gar keine Gelder an den Verein zahle, antwortet Frau Schlich, im vergangenen Jahr sei einmalig ein Betrag gezahlt worden, weil es bei den Fortbildungen für die Lehrkräfte einen Engpass gegeben habe. Grundsätzlich gebe es keine Finanzierung.

Herr Gerhards schließt sich im Namen der FDP-Fraktion den lobenden Worten von Frau Schlich an und kündigt an, auch seine Fraktion werde selbstverständlich dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Dr. Bernhauser dankt auch im Namen der CDU-Fraktion MiKibU e.V. für sein Engagement und drückt seine Hoffnung aus, dass der neue Standort in der roten Schule eine Chance biete, mit anderen dort untergebrachten sozialen Organisationen zusammenzuarbeiten und die Nähe zu den Organisationen zu nutzen. Der Kinderschutzbund habe z.B. einen Härtefallfond und das Patenprojekt, das möglicherweise die wirtschaftlichen Bedarfe einiger von MiKibU e.V. betreuten Kinder abdecken könne. Es sei schön, wenn in dem Zentrum der roten Schule die Effekte durch gegenseitige Information und Kooperation sogar noch verbessert werden könnten. Herr Dr. Bernhauser freut sich nicht nur über das ehrenamtliche Engagement von MiKibU e.V., sondern auch über das qualitative Niveau, auf dem der Sprachunterricht stattfindet. Dies werde u. a. durch Fortbildungen der Lehrer*innen sowie den Einsatz entsprechender Materialien erreicht. Durch das besondere und gleichbleibende Niveau des Angebots werde auch die Nachhaltigkeit sowie eine hohe Effektivität dieses Sprachunterrichts gewährleistet.

Frau Müller, MiKibU e.V., bezieht sich auf Herrn Dr. Bernhausers Vortrag und führt aus, die Organisationen des Kompetenzzentrums in der roten Schule hätten sich vor drei Tagen bereits in der von Herrn Dr. Bernhauser vorgeschlagenen Form zusammengesetzt und sich u.a. über gegenseitige Hilfestellung, auch über den Tellerrand hinaus, ausgetauscht.

Die Vorsitzende freut sich über den mitgeteilten Sachstand.

Herr Dlugosch berichtet für die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, diese habe zwar kein Stimmrecht, begrüße aber den Beschlussvorschlag zugunsten von MiKibU e.V. sehr.

Frau Scheerer erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde für den Beschlussvorschlag stimmen. Frau Scheerer merkt an, sie freue sich über die tolle Entwicklung des damals im Integrationsrat durch Herrn Cromme ins Leben gerufenen Projekts. Aus den Schulen gebe es dazu sehr viele positive Rückmeldungen.

Herr Hoffstadt informiert, in der Arbeit von MiKibU e.V. sei neben dem Deutschunterricht das personale Angebot ein Element von ganz zentraler Bedeutung. In der Regel entwickle sich eine persönliche Beziehung, so dass die Kinder sich gut aufgehoben fühlten. Das Signal der Zugehörigkeit sei wesentlich.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgenden dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechenden **Beschluss:**

MiKibU e.V. erhält für Mietkosten incl. Nebenkosten eines Büros einen Zuschuss in Höhe von maximal 300 € pro Monat.

2017 erhält der Träger für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 2017 einen Zuschuss in Höhe von maximal 900 €.

In den Folgejahren wird ein Zuschuss in Höhe bis maximal 3.600 € pro Jahr vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich noch einmal bei Herrn Stewen, Herrn Cromme und Frau Müller für die gute Arbeit von MiKibU e.V.

10. **Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen und Senioren**
(Zielvereinbarung Altenhilfe)
0342/2017

Die Vorsitzende weist auf den einstimmigen Beschluss des Seniorenbeirates gemäß Beschlussvorschlag der Verwaltung hin.

Frau Holz-Schöttler kündigt an, die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form zustimmen, weil er das zuvor Besprochene genau wiedergebe und die Zielvereinbarung auch in die Verträge mit der Altenhilfe einflösse.

Für die SPD-Fraktion stellt Frau Holz-Schöttler **einen Prüfauftrag an die Verwaltung:**

Kann in Heidkamp eine Seniorenbegegnungsstätte in der Form betrieben bzw. ein Raum dafür zur Verfügung gestellt werden?

Frau Holz-Schöttler berichtet, dass der Versuch einiger Heidkamper Senior*innen, für diesen Zweck einen Raum in der roten Schule zu bekommen, offenbar daran gescheitert sei, dass dort keine Räumlichkeiten mehr frei seien. Möglicherweise könne die Verwaltung mit den Trägern sprechen und sie um eine Einschätzung bitten.

Die Vorsitzende bestätigt formal, die SPD-Fraktion habe diesen Prüfauftrag zu Protokoll gegeben.

Frau Münzer informiert über den so genannten Kulturpalast in Heidkamp in der ehemaligen katholischen Kirche, die zum Gemeindesaal umgewidmet worden sei. Vonseiten der Kirche gebe es dort einen regelmäßigen offenen Seniorentreff. Sie regt an dort nachzufragen, ob das Angebot in dieser Form noch existiere.

Herr Hoffstadt äußert seine Überlegung, eine Dependance zu einer der bereits vorhandenen Seniorenbegegnungsstätten in Heidkamp einzurichten. Außerdem sei die Möglichkeit zu klären, ob und ggf. wie die Räumlichkeiten der AWO im Birkenbusch zweckentsprechend nutzbar seien.

Herr Gerhards kündigt für die FDP-Fraktion deren Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Ergänzend zum Prüfauftrag der SPD-Fraktion möchte Herr Gerhards wissen, ob als wesentlicher Baustein zur Wahrnehmung der Angebote in den Seniorenbegegnungsstätten ein Fahrservice – möglicherweise der Einsatz eines kleinen Seniorenbusses – bestehe bzw. eingerichtet werden könne. Vorrangig denke er an Heidkamp, aber auch an Schildgen. Außerdem interessiere ihn ein Gesamtbild der städtisch geförderten Seniorenbegegnungsstätten und solcher in privater Trägerschaft. Möglicherweise werde die Versorgung ja auch subsidiär bereitgestellt.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, die fünf Seniorenbegegnungsstätten seien trotz des Haushaltskorridors für freiwillige Leistungen von der Stadt gefördert und die Förderung immer wieder angepasst worden. In der letzten Sitzung sei erneut eine Anpassung für die Personalkosten beschlossen worden, um den Trägern dieser fünf Treffs eine Planungssicherheit zu geben. Die Flächendeckung sei möglicherweise nicht ganz lückenfrei. Es gebe andererseits eine ganze Reihe von Seniorenclubs, überwiegend in den Kirchengemeinden oder in anderen Treffpunkten der Stadt, die mangels städtischer Förderung aber nicht mehr aufgelistet seien.

Frau Schlich macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage eine Anzahl von 25 Seniorenclubs ausweise. Darüber hinaus gebe es zahlreiche unterschiedliche Angebote, wahrscheinlich in allen Kirchengemeinden.

Hinsichtlich des Prüfauftrages der SPD-Fraktion und der darauf bezogenen weiteren Fragen kündigt Frau Schlich Gespräche mit den Trägern an mit dem Ziel, ein Bild über die Angebotslandschaft in Heidkamp und die Möglichkeit zu erhalten, bei Bedarf einen kleinen Seniorenbus einzusetzen. Die Erhebung des Sachstandes sei zeitaufwändig, die Verwaltung werde den Ausschuss zu gegebener Zeit über das Ergebnis informieren.

Frau Schlich weist abschließend darauf hin, dass trotz der Enge des finanziellen Korsetts im letzten Monat noch einmal eine ganz signifikante Mittelserhöhung für die Seniorenbegegnungsstätten beschlossen worden sei, die auch die jährlich etwas steigenden Lohnkosten ein Stück weit aufgefangen könne.

Die Vorsitzende bedankt sich.

Frau Bähler-Sarembe bezieht sich auf die Vorlage und fragt, ob das Seniorenbüro angesichts des sehr umfangreichen Leistungskatalogs mit 3,5 Stellen ausreichend besetzt oder ob eine Erhöhung sinnvoll sei, möglicherweise weil es zu längeren Wartezeiten bei Beratungsanfragen komme.

Frau Schlich bestätigt, die Leistungen des Seniorenbüros und der Seniorenberatung seien sehr stark nachgefragt. Nach ihrem Kenntnisstand fänden jährlich mehr als 400 Pflegeberatungen statt. Es komme mit 3,5 Stellen nicht zu größeren Wartezeiten. Problematisch seien aber Faktoren wie Langzeiterkrankungen und aktuell die Übergangszeit nach dem Antritt des Ruhestandes einer Kollegin. Die Stelle werde in der kommenden Woche wieder besetzt, natürlich werde aber die Einarbeitung in die Themen etwas Zeit in Anspruch nehmen.

Gelegentlich gebe es mit dem das Angebot finanzierenden RBK Diskussionen um eine Rückverlagerung in den RBK. Der Stadtverwaltung sei es aber wichtig, dieses sehr gut genutzte Angebot vor Ort machen zu können.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgenden dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechenden **Beschluss**:

**Der Altenhilfeplanung für die Jahre 2018 – 2022 wird zugestimmt.
Rat und Verwaltung vereinbaren die in Teil B formulierten Ziele, diese gelten als
Gestaltungsrahmen für die Verwaltung und den ASWDG und sollen in
Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten münden.**

**11. Veröffentlichung des Mädchenmerkers für Bergisch Gladbach 2017/2018
0432/2017**

Herr Krasniqi führt für die SPD-Fraktion aus, sie freue sich immer wieder über das Erscheinen des Mädchenmerkers für Bergisch Gladbach. Herr Krasniqi schlägt vor, gemeinsam mit den anderen herausgebenden Gemeinden und Städten erneut über die zusätzliche Herausgabe einer Digitalfassung des Mädchenmerkers in Form einer zeitgemäßen App nachzudenken. Dies erspare Papier und sei möglicherweise effektiver in der Verteilung.

Die Vorsitzende informiert, die CDU-Fraktion habe dieses Thema im Arbeitskreis ebenfalls diskutiert.

Frau Stitz teilt mit, der Mädchenmerker in der vorliegenden Form erfolge jährlich in Abstimmung mit allen herausgebenden Kommunen und sei ein sehr gut angenommenes Produkt. In Bergisch Gladbach werde der Kalender sofort nachgefragt, wenn er bei Schuljahresbeginn einmal nicht ganz pünktlich herausgegeben werden könne. Frau Stitz kündigt an, Herrn Krasniqis Anregung in der ersten Redaktionssitzung für den kommenden Mädchenmerker anzusprechen.

12. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.00 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

N Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

Die Genehmigung der Niederschrift entfällt.

2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es werden keine Mitteilungen gemacht

4. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht allen einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 18.01 Uhr.

gez.:
Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez.:
Gitta Stitz
Schriftführerin